

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 57 (1965)  
**Heft:** 9  
  
**Artikel:** Ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz in ausländischer Sicht  
**Autor:** Fabian, Walter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354194>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den Volks-Sinfoniekonzerten der Basler Kulturgemeinschaft), nicht zuletzt aber auch die Schweizer Reisekasse und Popularis Tours, die beide ohne die Beteiligung der Arbeiterbewegung nicht zustande gekommen wären und die ihre Mitglieder und Benützer zu einem großen Teil unter der Arbeiterschaft rekrutieren; schließlich aber auch die gewerkschaftseigenen Ferieneinrichtungen sprechen da eine deutliche, nicht zu überhörende Sprache.

Neben der durch die anhaltend gute Wirtschaftslage und die gewerkschaftliche Tätigkeit verbesserten materiellen Situation des arbeitenden Menschen ist es vor allem die ihm gegenüber früher vermehrt zur Verfügung stehende Freizeit, die das, was Herman Greulich die Menschwerdung des Arbeiters genannt hat, vom schönen Zukunftsglauben zu immer näherliegender Wirklichkeit hat werden lassen.

*Giacomo Bernasconi*

## Ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz in ausländischer Sicht

*Wir entnehmen diesen Artikel unseres ständigen Mitarbeiters Dr. Walter Fabian, Verfasser der «Zeitschriftenrundschau», der «Quelle», Funktionärzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 16. Jahrgang, Heft 6, Juni 1965. Dr. Fabian ist durch seinen langjährigen Wohnsitz in der Schweiz besonders gut in der Lage, den deutschen Gewerkschaftsfunktionären die besondere Situation unseres Landes nahezubringen. Es wird die Leser der «Gewerkschaftlichen Rundschau» sicher interessieren, in welcher Weise er das tut.*

Bei der Erörterung des Problems der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wird häufig auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich in der Schweiz in dieser Frage ergeben haben. Um klar zu unterscheiden, wo sich hier Vergleichsmöglichkeiten ergeben und wo anderseits die Verhältnisse sehr verschiedenartig sind, muß man die besondere Situation der Schweiz etwas genauer ins Auge fassen, als das im allgemeinen geschieht.

Die Schweiz ist ein kleines und dichtbevölkertes Land mit abgerundet sechs Millionen Einwohnern. Je Quadratkilometer Bodens zählte man 1960 171 Einwohner, doch liegen die industrialisierten Kantone, wie Basel, Zürich und Genf, um ein Vielfaches über dieser Bevölkerungsdichte.

Setzen wir nun zu dieser Zahl von rund sechs Millionen die rund 300 000 ausländischen Arbeitskräfte in Beziehung, die in der schwei-

zerischen Volkswirtschaft beschäftigt sind, so ist das zweifellos ein sehr hoher Prozentsatz, der unbestreitbar wirtschaftliche, soziale, psychologische und staatspolitische Probleme aufwirft.

Wirtschaftlich haben die ausländischen Arbeitskräfte der Schweiz (und im besonderen Maße den schweizerischen Unternehmern) natürlich große Vorteile eingetragen. Der sehr hohe Prozentsatz der ausländischen Arbeitskräfte in vielen Betrieben und ganzen Arbeitszweigen (bei der letzten amtlichen Zählung im September 1964 waren in den Fabrikbetrieben der Schweiz 37,9 Prozent Ausländer beschäftigt) hat aber auch Gefahren mit sich gebracht: zum Beispiel zu weitgehende Abhängigkeit von diesen Arbeitskräften, ungesunde Verlangsamung der Modernisierung vieler Betriebe und im ganzen ein explosionsartiges Wachstum der Wirtschaft.

Sozial wirft ein so starker Zustrom innerhalb weniger Jahre natürlich ernste Probleme auf dem Wohnungsmarkt auf, aber auch im Schulwesen, in der Krankenpflege und in anderen Zweigen der öffentlichen Dienstleistungen. Dabei ist zu beachten, daß es auch in der Schweiz zu wenig Wohnungen, zu wenig Krankenhäuser, Schulen usw. gibt. Während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren konnte auch in der Schweiz, vor allem wegen des Fehlens der wichtigsten Materialien, nicht gebaut werden – und in der gleichen Periode setzte eine seitdem nicht zum Stillstand gekommene Umsiedlung der Bevölkerung vom Land in die Städte ein, die zusammen mit der Bevölkerungsvermehrung zu einem riesigen Mehrbedarf an städtischen Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern usw. geführt hat, der bei weitem noch nicht gedeckt ist.

Gerade diese Probleme bilden den Nährboden für psychologische Spannungen: Viele Schweizer schieben – oft zu Unrecht – die Schuld auf die große Zahl der Ausländer, wenn sie keine preiswerte Wohnung bekommen oder im Krankenhaus kein freies Bett finden oder ihre Kinder in eine überfüllte Schulklasse schicken müssen. Außerdem macht sich die Anwesenheit so vieler Ausländer in den relativ kleinen Schweizer Städten besonders bemerkbar, zumal sich eigentlich niemand ernsthaft darum bemüht hat, sie in den schweizerischen Alltag und Sonntag zu integrieren. So stehen dann wohl Tausende junger Italiener, die nur eine sehr kümmerliche Schlafstelle haben und die ihr Geld nicht in den Kneipen und Caféhäusern ausgeben wollen, in ihrer Freizeit in lebhaft diskutierenden Gruppen in den ohnehin zu engen Schweizer Bahnhofshallen herum – und mancher Schweizer nimmt humorlos daran Anstoß, ohne näher über die Hintergründe dieser «Verkehrsstörung» oder gar darüber nachzudenken, daß vielleicht auch Schweizer im Ausland anderen Völkern auf die Nerven gehen können...

Hinter alledem steht die Angst vor der «Ueberfremdung», die ja ständig die Schweizer beunruhigt und die durch die eingangs genannten Zahlen eine gewisse Bestätigung findet. Ein Teil der



zunächst vorübergehend anwesenden Ausländer hat natürlich den Wunsch (und nach einer gewissen Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen das Recht), für dauernd in der Schweiz zu bleiben, Frau und Kinder nachkommen zu lassen und schließlich das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben. Sich wirklich in das schweizerische Leben und in die schweizerische Demokratie einzugliedern, ist aber – nicht zuletzt wegen des sehr konservativen Charakters der meisten Schweizer – gar nicht leicht. Man braucht kein Schweizer Nationalist zu sein, um anzuerkennen, daß sich daraus in diesem ohnehin spannungsreichen Land ernsthafte zusätzliche Probleme ergeben können.

Die Gewerkschaften haben all diese Probleme frühzeitig erkannt und – wenn auch vielleicht nicht mit genügendem Nachdruck – vor dem von den Unternehmern gewünschten und von der Regierung nicht regulierten Zuzug zu großer Massen ausländischer Arbeitskräfte gewarnt. Sie haben anderseits – wenn auch leider mit zu geringem Erfolg – versucht, die ausländischen Arbeitskräfte gewerkschaftlich zu organisieren. Sie haben also die Probleme und Aufgaben gesehen, haben sie aber – das ist eine objektive Feststellung, kein Vorwurf – nicht meistern können. Die Gewerkschaften sind nicht dafür verantwortlich, daß die Schweizer Unternehmer und die Behörden viel zu lange auf regelnde und planende Maßnahmen verzichteten bzw. eine voraussehende Planung systematisch verhinderten.

Jetzt nachträglich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wieder zu verringern, ist natürlich wirtschaftlich mit vielen Schwierigkeiten verbunden – von den menschlichen Problemen gegenüber den ausländischen Arbeitern ganz zu schweigen. Die Regierung will denn auch (nicht zuletzt im Interesse der Schweizer Unternehmer) sehr behutsam vorgehen: Sie will erreichen, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte bis zum 30. Juni 1965 um 5 Prozent herabgesetzt wird und bis zum 30. Juni 1966 wenn möglich um weitere 5 Prozent. «Wir betrachten», erklärt dazu der Schweizerische Gewerkschaftsbund, «die Reduktion des Ausländerbestandes um insgesamt 10 Prozent bis Mitte 1966 lediglich als eine erste einleitende Maßnahme, die Gelegenheit bietet, über etwaige sich einstellende Schwierigkeiten Erfahrungen zu sammeln. Ein langfristiges Abbauprogramm hat sich anzuschließen, das sich zum Ziele setzt, die Zahl ausländischer Arbeitnehmer auf insgesamt 500 000 herabzusetzen.» Ob dieses Ziel erreichbar und überhaupt unbedingt wünschenswert ist, erscheint mir zumindest zweifelhaft.

Wie dem auch sei, in jedem Fall müssen sich die schweizerischen Gewerkschaften in den nächsten Jahren weiterhin sehr exakt und sehr gründlich mit dem Problem unter allen seinen Aspekten beschäftigen. Sie müssen insbesondere auch weiterhin, wie das zum Beispiel bei den Maifeiern 1965 mit Nachdruck geschehen ist, unermüdlich die Gewerkschaftsmitglieder und die Bevölkerung ganz

allgemein über die Zusammenhänge all dieser Fragen aufklären, um sie immun zu machen gegen bornierten und gefährlichen Fremdenhaß, der im letzten Jahr von gewissenlosen Demagogen leider nicht ohne Erfolg geschürt worden ist. Sie müssen sich ferner gegen jene Unternehmer und Unternehmerverbände zur Wehr setzen, die das Problem mit der Forderung einer «vorübergehenden Arbeitszeitverlängerung» verknüpfen möchten. Und nicht zuletzt müssen die schweizerischen Gewerkschaften ihre Bemühungen um die kollegiale Betreuung und gewerkschaftliche Organisierung der ausländischen Arbeitskräfte verbessern und verstärken.

*Dr. Walter Fabian.*

## Dokumente

Wir publizieren nachstehend zur Dokumentation einen Teil der vom 8. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) angenommenen Resolutionen und Erklärungen. Die übrigen Resolutionen, die sich in der Hauptsache mit den Verhältnissen in einzelnen Ländern und bestimmten Regionen befassen, werden im demnächst erscheinenden Kongreßprotokoll zu finden sein.

### *Resolution über die Gewerkschaftsrechte*

Der in Amsterdam vom 7. bis 16. Juli 1965 tagende 8. Weltkongreß des IBFG betont erneut ausdrücklich, daß die allgemeine Anerkennung und Durchführung der Menschenrechte, unter denen die volle Achtung für die gewerkschaftlichen Rechte einen integrierenden Bestandteil bildet, eines der fundamentalen und der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung ganz besonders am Herzen liegenden Ziele darstellt.

Er erinnert daran, daß der IBFG seit seiner Gründung unaufhörlich darum kämpft, für alle Menschen die vollen Menschenrechte und für alle Arbeitnehmer die vollen Gewerkschaftsrechte zu erreichen und zu wahren.

Er verurteilt alle Diktaturen des kommunistischen, militärischen und faschistischen Typs, die schon aus ihrer Natur heraus den Arbeitnehmern ihre Gewerkschaftsrechte und ihre grundlegenden Menschenrechte verweigern.

Er unterstützt die mutigen und wiederholten kämpferischen Aktionen der noch unter dem totalitären und kolonialen Joch schmach tenden Völker, die sich auch weiterhin an den demokratischen Idealen einer freien Gesellschaft inspirieren.

Er bedauert die beunruhigende Tendenz, die sich in gewissen Entwicklungsländern, insbesondere in einigen der jungen unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas, sowie auch in einigen Ländern Lateinamerikas und Europas gezeigt hat, die Gewerkschaftsrechte zu mißachten oder sie rund heraus abzuschaffen und die Gewerkschaften in Verletzung der internationalen Arbeitsübereinkommen über die Gewerkschaftsrechte zu bloßen Werkzeugen der Regierung herabzudrücken.

Der Kongreß spricht seine tiefe Besorgnis über diese Tendenz aus, um so mehr, als die freien Gewerkschaften in den meisten dieser Länder in vorderster Front des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit gestanden haben und die internationale Gewerkschafts-